

Bocholter - Borkener Volksblatt

tlich
brig?

Postamt
anlagend
wöchentlich
einen
Zahlung
von uns
die ebe
dame und
M. 7.20
rieftlich
n zu jedem
glisch Ein
im unter

M. b. S.
a. IIKraft-
M

ungskörpern

turen.

arbeitung

enlos.

mann

schaft,
sinerklöster).

Rath.

Seitenverein
Bocholt.Freitag, den 10. Juni,
abends 8.30 Uhr
Körbervollung.Sonntag, den 12. Juni
abends 8.30 Uhr
Körbervollung.Der für Sonntag,
Juni, angelegte
Familienausflugwegen des un-
günstigen Wetters
ist abgesagt.

Der Vorstand.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

M. b. S.

Wahlrechtsreform in Baden.

Das Reichswahlrecht ist für die Wahlgesetze in den deutschen Ländern maßgebend gewesen. Zwar sind gewisse Unterschiede hinsichtlich der Verteilung der Mandate da, oder in den wichtigsten Bestimmungen stehen die Wahlgesetze der Länder mit dem Reichswahlgesetz im Einklang. Die Folge davon ist, daß die Mängel, die dieses Gesetz aufweist, auch in den Landesgesetzen vorhanden sind und daß die in weitesten Kreisen als notwendig erkannte Wahlrechtsreform das Reich sowohl wie die Länder angeht. Würde das Reichswahlrecht abgeändert werden, so wäre damit zu rechnen, daß ähnliche Änderungen bald auch in den Ländern vorgenommen würden. Aber die Reform des Reichswahlrechts kommt im Hinblick auf die starken Widerstände, denen sie bei der Mehrzahl der Abgeordneten begegnen würde, nicht in Frage. Um so beachtlicher ist es deshalb, daß man in Baden es leid geworden ist, noch länger darauf zu warten, was Reichsregierung und Reichstag unternehmen werden, daß man dort vielmehr in fortgeschrittenen Geistes den sich aus dem Werk gegangen ist, um das geltende Wahlrecht von seinen schlimmsten Mängeln zu befreien.

Die badische Regierung hat in der Mitte vorigen Monats dem Landtag den Entwurf einer Reform des Landtagswahlrechts vorgelegt, der inzwischen die erste Lesung des Verfassungsausschusses des Landtages passiert hat und voraussichtlich dort in nächster Woche endgültig durch beraten sein wird, sobald er der Beschlussfassung des Landtagsplenums unterbreitet werden kann. Der Entwurf läßt die allgemeinen Grundlagen des geltenden Wahlrechts bestehen. Er enthält insbesondere keinerlei Änderung der badischen Verfassung. Es bleibt dabei, daß die badischen Landtagsabgeordneten auf Grund des Verhältniswahlrechts gewählt werden, daß wie jetzt auf 10 000 Stimmen, die eine Partei in ihrem Wahlkreis erhält, ein Abgeordneter entsandt, daß alle Reichstimmungen durch das ganze Land zusammengefaßt werden und daß dann wieder je 10 000 Stimmen sowie Stimmkreisstimmen von mindestens 7500 den Anspruch auf ein Mandat begründen. Die Hauptänderung, die der Entwurf vorschlägt, ist eine Vermehrung der Zahl der Wahlkreise von 7 auf 22. Es wird also damit der bekannten Forderung Genüge geleistet, daß anstelle der wenigen großen Wahlkreise eine größere Anzahl kleinere tritt und damit die Abgeordneten wieder in engere Beziehung zu ihrer Wählerschaft gelangen. Zwar bringt der Entwurf nicht die Rückkehr zum Ein-Mann-Wahlkreis, dafür müßten die Wahlkreise noch erheblich mehr verkleinert werden. Aber durch die Schaffung von dreimal so viel Wahlkreisen als bisher wird doch die Möglichkeit, daß ein engerer Kontakt zwischen Wählern und Gewählten, wie er nach dem Vorkriegswahlrecht bestand, wiederhergestellt wird. Nach dem Entwurf müssen in jedem der neuen Wahlkreise von den einzelnen Parteien mindestens zwei Bewerber vorgeschlagen werden.

Die zweite Änderung, die der Entwurf enthält, besteht in der Aufhebung der Landesliste. Die Reststimmen sollen in Zukunft nicht mehr den in einer Landesliste benannten Personen, sondern den in den einzelnen Wahlkreisen aufgestellten Kandidaten in der Reihenfolge der in einem Wahlkreis erreichten Stimmkreisstimmen zugewiesen werden. Die nicht gewählten Bewerber sollen in den einzelnen Bezirken in der Reihenfolge ihrer Benennung Ersatzkandidaten der Gewählten sein. Ist für einen ausgeschiedenen Abgeordneten kein Ersatzkandidat mehr vorhanden, so bleibt der Sitz frei. Die Begründung der Vorlage rechtfertigt die Aufhebung der Landesliste mit dem Gesichtspunkt der Vermehrung des Einflusses der Wählerkraft auf die Zusammenfassung des Landtages.

Im Verfassungsausschuss des badischen Landtags ist an diesem Entwurf nichts geändert worden. Wie vorausgesetzt war, haben allerdings die kleineren Parteien, für die die vorgesehenen Änderungen allenthalben Sorgen bringen, Änderungsanträge eingebracht. So sprach sich die Bürgerliche Vereinigung für Wahlkreisverbände aus. Ebenso wollte sie Bestimmungen gegen die allzu große Parteiparität. Die vorgesehenen 22 Wahlkreise wurden gebilligt, dagegen wünschte man die Beibehaltung der Landesliste. Die Maßnahmen gegen die Parteiparität müßten so getroffen werden, daß sie nicht erst nach, sondern vor der Wahl wirksam würden. Die Landesliste sei so zu gestalten, daß mindestens 20 000 Stimmen derselben zugewiesen und so zwei gleichsam von der Partei ernannte Abgeordnete gesichert werden könnten. Das Zentrum hat sich gegen die Ernennung von zwei Abgeordneten durch die Parteileitung auf Kosten von zwei Wahlkreisen ausgesprochen. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß eine solche Maßnahme von den betroffenen beiden Wahlkreisen als bitter empfunden werden müßte. Die Einführung von Wahlkreisverbänden würde einen Rückschlag in die Mängel und Schäden des bisherigen Systems bedeuten. Wohl erklärte sich das Zentrum bereit zu einer Verringerung der Zahl der Abgeordneten, aber sie würde eine Verfassungsänderung darstellen und nach der badischen Verfassung nur durch Volksabstimmung zu erreichen sein.

So ergab die Abstimmung im Verfassungsausschuss die Annahme des Gesetzes in der Fassung der Regierungsvorlage. Dagegen stimmten das Liberale und das

kommunistische Mitglied des Ausschusses, zwei Mitglieder der Bürgerlichen Vereinigung und ein Demokrat enthielten sich der Abstimmung. Angenommen wurde auch ein Antrag gegen die Parteiparität. Der Antrag richtete den Antrag des Zentrums und der Sozialdemokraten. Danach müssen die von den einzelnen Parteien oder Wählergruppen in den einzelnen Wahlkreisen aufgestellten Wahlvorschläge von mindestens fünf Prozent der bei der vorhergehenden Landtagswahl im Wahlkreis Wahlberechtigten unterzeichnet sein. An Stelle der fünf Prozent der Wahlberechtigten des Wahlkreises genügen 20 Wahlberechtigte, wenn diese glaubhaft machen, daß für ihre Partei oder im ganzen Lande mindestens 30 000 Stimmen abgegeben worden sind. Mit der Einführung der Vorschlagsliste einer Partei oder Wählergruppe, die im vorhergehenden Landtag nicht als solche oder durch mindestens drei Abgeordnete (30 000 Stimmen) vertreten war, muß von den Unterzeichnern der Vorschlagsliste für jeden Wahlkreis der Betrag von mindestens 300 M., im ganzen also 6600 M., eingezahlt werden.

Reparationen und Reichspost.

Keine Dawesierung.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 9. Juni. (Eig. Draht.)

Zeit einigen Monaten taucht immer wieder das Gerücht auf, die Reparationskommission beabsichtige, auch die Reichspost zu den aus dem Dawesplan entspringenden Verpflichtungen heranzuziehen. Bisher handelte es sich meistens um lose Andeutungen. Am Donnerstag morgen aber veröffentlichte die „Deutsche Zeitung“ den angeblichen Wortlaut des Berichtes, der der Entscheidungskommission über die augenblickliche Lage der Reichspost und die Auswertung für die Daweszahlungen unterbreitet worden ist. In diesem Bericht wird zunächst die Reichspost unter völlig verkehrten Voraussetzungen wegen ihrer Verwertung stark angegriffen, und dann werden folgende Maßnahmen empfohlen, um die Aufbringung der vorgesehenen Summen zu ermöglichen:

„Ein 30prozentiger Personalaufbau, eine 50prozentige Senkung des für die nächsten 5 Jahre vorgesehenen Bauprogramms. Die vom Reichspostministerium bereits vorgeschlagene Tarifherabsetzung. Eine 50prozentige Senkung des vorgesehenen Baues technischer Anlagen. Eine besondere Kontrolle über Auftragsvergebung der Post an die Industrie und deren Preisgestaltung. Eine Senkung der Zinsen und der Zinsen der Post an die Industrie und deren Preisgestaltung. Eine Senkung der Zinsen und der Zinsen der Post an die Industrie und deren Preisgestaltung.“

Die Reichsregierung hat Donnerstag vormittag sofort die erforderlichen Schritte unternommen, um Licht in diese mysteriöse Angelegenheit zu bringen. Auf Anfrage der zuständigen Stelle in Paris hat der Generalsekretär der Reparationskommission erklärt, daß die Reparationskommission von einem Plan zur Einziehung der Reichspost in das Dawesquittanten nichts bekannt sei und daß von der Reparationskommission auch kein Bericht über die Finanzlage der Reichspost angefordert worden sei. Von einem solchen Bericht sei überhaupt nichts bekannt.

Die Zusammenkunft der Außenminister in Genf.

Eine bedeutsame Tagung.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 9. Juni. (Draht.)

Der am 13. Juni beginnenden Völkerverbundstagung kommt weniger hinsichtlich des auf der Tagesordnung stehenden offiziellen Programms große Bedeutung bei als vielmehr mit Rücksicht auf die allgemeine weltpolitische Lage. Die wichtigsten Besprechungen dürften sich voraussichtlich hinter den Kulissen abspielen. Die drei Außenminister Chamberlain, Briand und Stresemann finden ja auch einen reichlichen Stoff zu internen Erörterungen dreierlei Fragen vor. Es sei nur an die englisch-russische Spannung erinnert, ferner an das französische Attentat, das zwischen England und Polen neuerlich eine gereizte Stimmung erzeugte. Weiterhin bildet die zwischen Italien und Jugoslawien herrschende Feindschaft noch immer eine bedrohliche Gefahrquelle, wenn sich jetzt auch dank der Bemühungen der Großmächte einige Zeichen der Entspannung bemerkbar machen sollen. Schließlich sind auch die Vorgänge in Ägypten und China in weitem Maße dazu geeignet, ein ernstes Gesprächssthema zwischen den führenden außenpolitischen Staatsmännern der Großmächte zu liefern.

werden. Dieser Betrag wird zurückgezahlt, wenn Partei oder Wählergruppe bei der Wahl mindestens einen Abgeordneten erhält; andernfalls verfällt der Betrag der Staatskasse. Mit diesem Antrag folgten die beiden Parteien dem Beispiel Sachsens, das eine Garantiesumme von 3000 M. angelegt hat.

Es ist damit zu rechnen, daß das Gesetz und der inhaltlich wiedergegebene Antrag in der vom Verfassungsausschuss vorgelegten Fassung die Zustimmung des Landtagsplenums finden werden. Baden zeigt damit dem Reich und den anderen Ländern wie ohne Verfassungsänderung das Wahlrecht den Forderungen breiter Bevölkerungsschichten angepaßt werden kann. Zwar ist die gefundene Lösung noch nicht ganz ideal, zumal die Listen bestehen bleiben, mit deren Hilfe sich die Interessengruppen des Parlaments bemächtigen, aber es ist doch ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der bisherigen Regelung unverleugbar, so daß man Anlaß zu dem dringenden Wunsch hat, daß auf Reichsregierung und Reichstag das Vorgehen Badens nicht ohne Wirkung bleibe.

fung durch neutrale Sachverständige gemacht. Das ist andererseits von Paris und London abgelehnt worden.

Die diplomatischen Verhandlungen über diese Frage sind also einstweilen gescheitert, obwohl Deutschland ein ziemlich weitgehendes Kompromissangebot gemacht hat. Da die ganze Frage jedoch bis zum 15. Juni geklärt sein muß und da von diesem Problem auch die Möglichkeit abhängt, daß Deutschland auf Grund des Artikels 431 die Forderung nach vorzeitiger Räumung der Rheinlande erhebt, wird die Frage in Genf eine sehr große politische Bedeutung erhalten. Deutschland fußt auf der Vereinbarung vom 12. Dezember 1926, die eine nochmalige Kontrolle ausschließt. Es ist indessen zu hoffen, daß sich bezüglich dieses Fragenkomplexes noch eine befriedigende Verständigung zwischen den drei Außenministern erzielen lassen wird. Zweifellos hat sich auch der Berliner Kabinettsrat in seiner Donnerstagssitzung mit diesem sowie mit anderen mit der Genfer Tagung zusammenhängenden Problemen ausgiebig beschäftigt und ist sich über die Richtlinien schärflich geworden, nach denen Dr. Stresemann die Interessen Deutschlands vertreten wird.

X Berlin, 9. Juni. (Eig. Draht.) Wie verlautet, wird Dr. Stresemann am Freitag nach Genf abreisen, aber voraussichtlich für einige Stunden in Frankfurt a. M. die Fahrt unterbrechen, um an der Eröffnung der Weltausstellung teilzunehmen. Nach Genf gehen außerdem Staatssekretär Dr. von Schubert, Ministerialdirektor Gauß und in Vertretung des erkrankten Staatssekretärs Pinder der Pressesekretär Ministerialdirektor Becklin.

Die Räumung des Saargebietes.

A Saarbrücken, 9. Juni. Die Räumung des Saargebietes durch die französischen Truppen, die bis zum 12. Juni beendet sein soll, ist im Gange. Ein Bataillon und eine Kompanie sind gestern nach Forbach bezogen. Saargebiet abtransportiert worden. Der Abzug der noch vorhandenen Truppen ist in Vorbereitung.

Öst und West.

Dresden, 9. Juni. Senator Lemmer, der seine von Briand abgelehnte Interpellation zur Frage der Rheinlandräumung nach der Rückkehr des französischen Außenministers aus Genf im Senat vorbringen wird, hat dem Pariser Vertreter der Dresdener Nachrichten eine Erklärung ab über den Standpunkt Frankreichs in der Räumungsfrage.

Meiner Überzeugung nach, sagte Lemmer, wäre es nicht möglich, das französische Volk für die vorzeitige Zurückziehung unserer Besatzungsarmee empfänglich zu machen, wenn nicht vorher in Ost- und Europa die gleiche Stabilität der Verhältnisse erreicht wird, wie sie der Locarnovertrag im Westen gesichert hat. Als Freundin Polens ist es Frankreich unmöglich, den Räumungsakt ohne vorheriges Einverständnis mit Warschau zu vollziehen. Die polnischen Parlamentarier, einschließlich der Sozialisten, erheben uns dringend, die Räumung nicht früher durchzuführen, als bis auch im Osten eine wechselseitige Garantie des Bestandes hergestellt ist. Wir können die Bereitwilligkeit des französischen Volkes zu vorzeitiger Räumung gewinnen, wenn ein für Deutschland und Polen tragbarer Modus geschaffen wird, um die unheilbaren und Deutschlands Souveränität um die Ostgrenze schwer beeinträchtigenden Verhältnisse zu beseitigen. Der Korridor in seiner heutigen Gestalt ist ein Friedenshindernis. Die oberflächliche Frage müßte gelöst werden, und die Pfändereien gegen Danzig müßten ein Ende finden. Die Lösung der Korridorfrage erscheint mir am schwierigsten. In Ost- und Europa muß ein Zustand der Stabilität geschaffen werden. Wenn überhaupt die Verständigung zwischen Deutschland und Polen möglich ist, so gilt als Voraussetzung, daß der Versailler Vertrag hinsichtlich seiner osteuropäischen Bestimmungen revidiert wird. Es ist Aufgabe der französischen Diplomatie, die Initiative zur Sicherung des Friedens durch einen deutsch-polnischen Garantievertrag zu ergreifen. Das ist die Forderung der öffentlichen Meinung Frankreichs. Ich hoffe, sagte Lemmer, daß Briand an diese Aufgabe herantritt, denn er erstrebt die vollkommene Verständigung zwischen unseren beiden Völkern.

Die Unterredung Stresemann - Tschischserin.

Berlin, 9. Juni. Zu der Behauptung der „Badischen Presse“, wonach Tschischserin während der Unterredung in Baden-Baden bedeutet worden sei, daß sein Besuch gerade in diesem Zeitpunkt nicht angemessen gewesen wäre, teilt die „D. A. Z.“ auf Grund von Erkundigungen an zuständigen Stellen mit, daß die Unterredung Tschischserins mit Stresemann auf Wunsch des Reichsaußenministers in Baden-Baden stattgefunden hat, da zu befürchten sei, daß nach der Rückkehr des Ministers nach Berlin die bereits getroffenen Dispositionen eine Unterredung mit Tschischserin nicht mehr möglich gemacht hätten. Die Annahme des badischen Blattes, daß sich der Reichsaußenminister in oben angeführtem Sinne gegenüber Tschischserin in Baden-Baden geäußert habe, sei daher völlig grundlos.

Russische Feststellung.

4 Berlin, 9. Jan. Angesichts der Mitteilung, der Volkskommission für Aussenbeziehungen, Tschischserin, habe in

Mein Total-Ausverkauf

wegen Umbau

beginnt heute Freitag, den 10. Juni, morgens 8 Uhr

Um zu räumen, sind meine bekannt guten Qualitätswaren bis zu

50 Prozent im Preise ermäßigt

Benutzen Sie diese überaus billige Einkaufsgelegenheit

EDUARD HERZFELD

BOCHOLT

NORDSTR. 21/23.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute nachmittags 2 1/2 Uhr meine liebe Gattin, unsere gute, treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Ehefrau Carl Drecker

Gertrud geb. Reeling

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Sie starb nach langer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, wohl vorbereitet durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente, im 53. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Anholt i. W., den 8. Juni 1927.

Die Beerdigung findet statt am Montag, den 12. Juni, morgens 9 Uhr vom St. August-Hospital aus, danach das feierliche Seelenamt in der Pfarrkirche zu Anholt.

Apollo-Theater

Ein unvergeßliches Werk!
Heute Freitag
der neue gewaltige Monumentalfilm:



CARMEN

nach der Novelle von Prosper Mérimée.
Regie: Jacques Feyder. In der Haupt- und Titelfolle:
RAQUEL MELLER.

8 gewaltige Akte! Spielzeit 2 Stunden!

Dieser neue mit den Mitteln der modernen Lichtspielkunst hergestellte Monumentalfilm ist nicht zu verwechseln mit dem vor Jahren erschienenen Film gleichen Namens. Dieser neue „CARMEN“ Film mit der berühmten Raquel Meller ist der Film von dem die ganze Welt mit Begeisterung spricht. Hauptpersonen der Handlung:

Carmen Raquel Meller
Dancalro der Bandenführer Victor Vina
Der Einäugige Gaston Modat
Don Jose Louis Lerch u. a. m.

2. bringen wir den Großfilm:
DER HERR DER NACHT.

7 sensationelle Akte nach dem gleichnamigen Roman von Paul Rosenhaym. In der Hauptrolle:
Rudolf Klein Rogge und Aud Egede Nissen.

3. **Scherben bedeuten Glück.**
Luetspiel in 2 Akten.

Größere Fabrik sucht für die Nachtwache einen durchaus zuverlässigen Mann

(müßl. im mittleren Alter), welcher auch befähigt ist, während der Spätschicht den Betrieb mit zu beaufsichtigen. d3773 Adressen in der Geschäftsstelle abzugeben.

Mädchen für Wäsche und Wäscherei gesucht. Bocholter Dampfwascherei, Südwall 24.

Meine größte Veranstaltung des Jahres!

Die

WEISSE WOCHE

beginnt am Montag, den 13. Juni.

Die Fülle der Angebote, die Güte der Qualitäten, die äußerst niedrigen Preise werden den guten Ruf meiner so sehr beliebten Weißen Woche aufs neue bestätigen.

S.B. Löwenstein

Bekanntmachung

Wegen Vornahme von Kanalbauarbeiten werden bis auf weiteres folgende Straßen für den Fuhrverkehr gesperrt:

a. Fildesstr. bis Mühlenweg, Franzstr. von der Ewaldstr. bis Rheinstr., Bogenstr., Schützenstr., Wehlstr., Kronenstr. bis Eiserstr., von Kronenstr. bis Kranstr., Bogenstr., Scheibenstr., Speerstr. u. Rheinstr. von Franzstr. bis Speerstr.

b. Göttenstr. Wollfstr. u. Kämml. Straßen in dem Gebiet zwischen Wollfstr., Bismarckstr. und Reggersstr., Reggersstr. zum Teil.

Die Sperrung der einzelnen Straßen erfolgt nacheinander je nach dem Fortschreiten der Arbeiten und wird durch besondere Sperrschilde kenntlich gemacht. Ebenso werden Hinweise für die Umleitung des Verkehrs an Ort und Stelle gemacht.

Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung

Das zum Zwecke der Erhebung der Abgaben zur Bestreitung der Entschädigung auf Grund des Gesetzes vom 23. Juni 1880 betreffend Unterdrückung und Abwehr von Viehseuchen aufgestellte Viehbestandsverzeichnis liegt vom 10. Juni bis einschl. 23. Juni 1927 auf dem Rathaus zur Einsicht der Interessenten offen.

Anträge auf Berücksichtigung des Verzeichnisses müssen spätestens binnen 10 Tagen nach Ablauf der Einsichtsfrist schriftlich eingebracht werden.

Anholt, den 8. Juni 1927.
Die Stadtverwaltung.
Der Bürgermeister, Schulte.

Gesucht
Intelligenter Junger Mann
(nicht unter 16 Jahren)
zur Erlernung der Buchbinderei, ferner
perfekte Konfektionsnäherinnen
für dauernde Beschäftigung.
Kleiderfabrik G. Hartwort,
Nordwall 14.

Bekanntmachung

Die Hebelsteine der Beiträge zu den Kosten der Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen liegen in der Zeit vom 10. bis einschl. 23. Juni 1927 in den Vormittagsstunden auf dem Rathaus zur Einsichtnahme offen.

Einsprüche gegen die Hebelsteine sind innerhalb obiger Zeit an die Landwirtschaftskammer in Münster zu richten.

Anholt, den 7. Juni 1927.
Der Bürgermeister, Schulte.

Sportclub 1926

(Westdeutscher Spielverband)
Sportplatz an der Sachsenstraße



Sonntag, den 12. Juni,
nachmittags 3,30 Uhr:

Großes Fußball-Wettspiel

Spielvereinigung Oberhausen-Styrum
Gauligareserve
gegen
Sportclub 1926 I. Mannschaft.

Aparté Hochsommerkleider

Crepe-Georgette Crepe de chine
Chantung und Voile

neu eingeflossen.

Mode-Calon Bella Cohen
Fernruf 2459



Bequeme Wochen- u. Monatsraten! Katalog auf Wunsch gratis
Mifa-Fabrikverkaufsstelle
Bocholt, Ravardstraße 16.
Leiter: Paul Oberem.

2.6.27. Berlin, Rütt-Arena, 3-Stunden-Rennen
Sieger: Kroit-Miethe, 2. Tonant

Das beste gegen
Sommersprossen
ist und bleibt trotz vieler
Konkurrenzmitteln
Frucht's Schwanenweiß
Allein-Verkauf
SCHEER-NAPP, Ravardstr. 33.

Arb. Verein St. Paulus

Unser Mitglied Hermann Schillerstein ist gestorben. Über 25 Jahre hat er treu zur Fahne gehalten. Das H. Seelenamt ist am Samstag 1/8 Uhr in St. Georg, 9 1/4 Uhr die Beerdigung von der Kirche aus.

Der Vorstand.

Marianische Sozialn. St. Josef.
(Jungmännerring.)
Sonntag, den 12. 6. 7 Uhr:

Gem. hl. Kommunion.
Der Präses.

Notburgverein.
Sonntag, den 12. 6. 3 Uhr:

Wanderung nach Bantzen (Al-Büttling).
Proplant und Tassen mitbringen. Treffpunkt: Julestr. 14.

St. Georgius-Schützen-Verein
2. Komp.

Die Mitglieder der Kompagnie nebst ihren Damen werden zu einer

Beisammung am 11. Juni, abends 8,30 Uhr im Schützenhause eingeladen.

Der Hauptmann.
M. G. V. Sän-erband g. 1885.

Frauenchor.
Deute (Freitag), abends 8 Uhr pünktlich:

Chorprobe im Vereinslokal.

Der Sante Info

Berlin, 9. Juni. Den hat sich infolge Witterung der Stand Futterpflanzen und den Vormonat verpö Getreidearten, wie 0,1, bei Gemüse und je 0,1, und bei Luzerne, nur bei Raps um zu versetzen. Im rungs des Standes die mittel bis feilich gu hand jagt um 0,1 be vor allem unter den Handes zu leiden. Di und Hüben find mit anzusehen. An der 3,0 reichen sie allerdings und Hüben w tungen abgegeben, w den find. Die Entwic bisher infolge der r rückständig gewesen, für zur Zeit nur ein

Die Auslichte Bau

Nach den letzten an Port eingetroffenen Schwemungsgebiet de fert: der Erntefha ausfallen, als vor de konnte. Das amerika damit, daß rund 85 areals neu bepfia diese Schätzung in Pa betrachtet. Während dauernde Trockenheit peraturen der Entwiev abträglich ist und ber Anlag gibt, haben in die nach längerer Dür Wachstum der Baum und im Südosten v

Bremen: Baumwoll.

	Preis
Januar 25	17.93
März	18.17
April	17.43
September	17.18
Oktober	17.76
Dezember	17.94

Liverpool: Baumwoll.

	Preis
Januar 1928	9.08
Februar	9.10
März	9.15
April	9.18
Mai	9.19
Juni	9.20

Tagesimport: Tagelocoverk. Exportverkauft: Export: Upper fair

Liverpool Ostindisch

	Preis
Loco F. O. Sarree	17.17
F. O. Broach	17.17
F. O. Nr. 1 Oomra	17.17
F. O. Americ Sind/P	17.17
F. O. Bengal	17.17
F. O. Sind	17.17
F. O. Tinnivelly	17.17

New-York: Baumwoll.

	Preis
Januar	17.03-15
März	17.21
April	17.33
Mai	17.33
Juni	17.33

Oschätzte Total: Baumwollzufuhr

Export nach Eng: Export nach Lem

Fracht nach Live

CHICAGO. Terminpreise

	Preis
Weizen	9. 6. 8.
Mai	143 1/2 - 147 1/2
Juli	144 1/2 - 147 1/2
September	144 1/2 - 147 1/2
Dezember	144 1/2 - 147 1/2

Mais

	Preis
Mai	69 1/2 - 72 1/2
Juli	102 1/2 - 107 1/2
September	102 1/2 - 107 1/2
Dezember	102 1/2 - 107 1/2

Hefe

	Preis
Mai	49 1/2 - 0
Juli	47 1/2 - 49
September	47 1/2 - 49
Dezember	47 1/2 - 49

Roggen

	Preis
Mai	117 1/2 - 119 1/2
Juli	104 1/2 - 107 1/2
September	104 1/2 - 107 1/2
Dezember	104 1/2 - 107 1/2

Terminpreise

	Preis
Weizen	Domestic: 147 1/2
Mai	146 1/2
Juli	146 1/2
September	146 1/2
Dezember	146 1/2

Berlin

Die Kurse lauten auf Pro

